

sozialdemokratischer pressediens

P/XXVIII/15

22. Januar 1973

Start am 31. Januar in Wien?

Aussagen zum aktuellen Weltthema MBFR

Von Dr. Friedrich Beermann MdB
Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des
Bundestages

Seite 1 / 39 Zeilen

Sind sie Prügelknaben der Lobby?

Anmerkungen zum Thema "der Bundestagsab-
geordneten"

Von Dr. Rolf Meinecke MdB

Seite 2 bis 4 / 102 Zeilen

Die Schulmisere der Bundeshauptstadt

Fazit der Bildungspolitik einer CDU-Mehrheit

Von Franz Stadelmaier
Stadtverordneter von Bonn und schulpolitischer
Sprecher der SPD-Stadtratsfraktion

Seite 5 bis 7 / 106 Zeilen

Start am 31. Januar in Wien?

Aussagen zum aktuellen Weltthema MBFR

Von Dr. Friedrich Boermann MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Nachdem sich offenbar die Außenminister der Warschauer Paktstaaten auf ein Konzept für die Konferenz über eine Ver- ringe- rung der Streitkräfte in Europa (MBFR) geeinigt haben, scheint deren Eröffnung gesichert zu sein. Ob allerdings die Konferenz schon am 31. Januar beginnen kann, wird dann fraglich sein, wenn Wien Tagungsort wird, wie es die Warschauer Paktstaaten anstrebten.

Für Wien spricht gewiß einiges. In dem von den NATO-Staa- ten anvisiertem Genf finden zur gleichen Zeit die SALT-Ges- präche zwischen USA und UdSSR statt, die zu einer endgül- tigen Begrenzung des beide Staaten wechselseitig bedrohenden strategischen Potentials führen sollen. SALT-Gespräche und MBFR-Konferenz werden zwangsläufig Themenkreise haben, die sich gegenseitig berühren oder gar überschneiden. Bei Veran- staltungen im gleichen Ort ist es nur natürlich, daß derarti- ge Materien von einer Konferenz in die andere verlagert wer- den, wenn die Situation nach Meinung der Großen es tunlich erscheinen läßt. Da ist räumliche Trennung schon ein gewis- ser Schutz vor derartigen Versuchungen.

Der andere Vorschlag der Ostblockstaaten zielt darauf ab, den Teilnehmerkreis zu vergrößern, so daß nicht fünf NATO-Staaten fünf Ostblockstaaten gegenüber sitzen, wie von westlicher Seite beabsichtigt worden war. Der West-Vorschlag hatte sicherlich einen Vorteil.

Staaten westlicher Prägung lassen sich nur unter Schwierig- keiten auf eine gemeinsame Linie bringen, wenn sie auf Dauer und mit Erfolg gegenüber einem ideologisch gleichgerichteten System durchgehalten werden soll. Eine Eingrenzung der Zahl der Gesprächsteilnehmer kann da nur von Nutzen sein. Demgegenüber gilt es jedoch folgendes zu bedenken. Einerseits wollte Frank- reich sich an diesem nach seinem Geschmack wohl zu sehr NATO- mäßig gesteuerten Unternehmen nicht beteiligen. Andererseits wa- ren die neutralen europäischen Staaten wie Jugoslawien, Öster- reich, Schweden und die Schweiz von vornherein ausgeschaltet. Beides wäre für den Konferenzverlauf schädlich gewesen. Ohne Ein- beziehung Frankreichs wäre die Konferenz ein Torso, und zum Schei- tern verurteilt.

Ohne die Neutralen würde das vermittelnde Element fehlen. Von ihnen ist zu erwarten, daß sie die starren Fronten auflockern und Lösungen anbieten, die für beide Seiten schließlich tragbar sind. Die deutsche Seite sollte Wien als Konferenzort akzeptieren und die Ausdehnung des Teilnehmerkreises auf die Neutralen be- grüssen.

(-/22.1.1973/bgy/ex)

Sind sie Prügeiknaben der Lobby ?

Anmerkungen zum Thema "der Bundestagsabgeordneten"

Von Dr. Rolf Meinecke MdB

Mehrere große Tageszeitungen veröffentlichten kürzlich eine Meldung des Inhalts, daß gegen die mögliche Wahl des bayerischen SPD-Bundestagsabg. Georg Kahn-Ackermann zum Präsidenten der Filmförderungsanstalt (FFA) die "Arbeitsgemeinschaft Neuer Deutscher Spielfilmproduzenten" protestiert habe. In einem in München veröffentlichten Schreiben hieß es, der Abgeordnete sei "als 180-prozentiger Vertreter der Interessen aufgefallen, die für die Verwandlung des deutschen Films in eine Porno- und Schulzenkultur und das Prinzip der Subvention der Verluste verantwortlich sind. Es sei unvorstellbar, daß die vom Bundeskanzler entschiedene und vom Bundestag bereits geforderte Reform der Filmförderung unter Kahn-Ackermanns Ägide zu verwirklichen sei".

Diese Meldung ist ein Extrakt aus einem Brief, den die "Arbeitsgemeinschaft Neuer Deutscher Spielfilmproduzenten" an den Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion geschickt und sinnigerweise gleichzeitig der Öffentlichkeit übergeben hat. Die Unterzeichner sprechen für 300 Regisseure und Filmachern und 42 Produktionsfirmen sowie die organisierten Filmjournalisten der Bundesrepublik. Interessant wäre zu wissen, ob die, in deren Namen hier gesprochen wird, Verfahrensweise und Inhalt des Briefes billigen? Der Hinweis, "daß es in der Öffentlichkeit sicher als Skandal empfunden würde, wenn der Abg. Kahn-Ackermann seine Absicht verwirklichen könnte, sich als Präsident der Filmförderungsanstalt wählen zu lassen", stellt den SPD-Parlamentarier als eine skandal-unwitterte Persönlichkeit hin und versucht zudem eine höchst zweifelhafte Selbstidentifizierung der Unterzeichnenden mit der Öffentlichkeit - aber das läßt sich ja notfalls trefflich arrangieren.

Der, diesen "skandalösen" Absichten der SPD-Bundestagsfraktion, des Bonner Parlaments und des Verwaltungsrats der FFA, zugrunde

Liegende Vorgang ist kurz so darzustellen: Der Bundestag hat die fünf Abgeordneten (und fünf Vertreter), die in den Verwaltungsrat (VR) zu delegieren sind, bisher nicht gewählt, und die Fraktionen haben bisher auch keine Namen vorgeschlagen. Der Verwaltungsrat hat dann später einen neuen Präsidenten zu wählen; selbstverständlich in freier Wahl. Arbeitskreise und Arbeitsgruppen der Fraktion, die sich mit einer Novellierung des Filmförderungsgesetzes beschäftigen müssen, sind bisher weder gewählt noch haben sie sich institutionalisiert. Konkrete Absichten der Bundesregierung zur Neuformulierung dieses Gesetzes liegen noch nicht vor. Über Inhalt und Form dieses neuen Gesetzes entscheiden die Arbeitskreise und Fraktionen und später das Parlament. Während des Gesetzgebungsverfahrens werden alle Beteiligten gehört werden und naturgemäß auch die Filmförderungsanstalt. Weder der Präsident noch der Verwaltungsrat dieser Anstalt können die Willensbildung und eine Verabschiedung im Bundestag blockieren oder verhindern. Die Stellungnahme des Präsidenten wird in der Fraktion und im Bundestag als Votum und Rat empfunden werden - nicht mehr.

Nun ist es selbstverständlich, daß sich Kreise der Filmwirtschaft, die in der Anstalt vertreten sind, Gedanken machen über die Person des zu wählenden Präsidenten, und es werden Namen genannt und ins Spiel gebracht. Der Abg. Kahn-Ackermann ist vor einem dreiviertel Jahr für den Abg. Raffert neu in die Anstalt nachgerückt und schon deshalb ganz gewiß nicht verantwortlich für die Verwandlung des Deutschen Films in eine "Porno- und Schnulzenkultur". Hier wären Publikumsbeschimpfung und Gesellschaftskritik ganz gewiß ergiebiger.

Es ist auch legitim, Bedenken, die die Integrität eines Abgeordneten betreffen, den Verantwortlichen der Fraktionen vorzutragen, aber ist dies der richtige Weg? Ist die Integrität und der primär vorauszusetzende gute Ruf eines Abgeordneten schon angekratzt, nur weil er bei einer Kinderheit als Repräsentant der "sogenannten Alten Welt" gilt? Kann man nicht auch ihm unterstellen, daß er aus vergangenen Fehlentscheidungen und Entwicklungen gelernt habe? Ist es die wirksame Methode, jemanden gleich lauthals

und öffentlich zu diffamieren, statt in wirklich geeigneter demokratischer Form auf Entscheidungen des Parlaments Einfluß zu nehmen? Zudem, ist es gut, wenn Behauptungen herangezogen werden, die unwahr und nicht beweisbar sind, daß nämlich "der Abgeordnete bereits im Verwaltungsrat entsprechende Wahlreden für sich gehalten habe"?

Nein, hier wird ein schlechter politischer Stil praktiziert und deshalb sollten sich alle Abgeordneten über die natürlichen Grenzen der Fraktionen hinweg einig sein in der Abwehr demagogischer Einflußnahmen!

Dies ist der Stil: Sie hauen den Sack und meinen den Esel. Sie wehren sich gegen die Wahl einer bestimmten Person, die ja doch wohl durch eine Mehrheit erfolgt, und geben vor, die Diffamierungen seien sachlich gerechtfertigt. Wie kann dann noch nüchtern und ohne Ansehen der Person entschieden werden, wenn eine Minderheit eifrig ihre Forderungen vorträgt, sie durch öffentliche Verunglimpfungen der beteiligten Personen "absichert" und dann noch vorgibt, nicht zur Lobby zu gehören.

Zudem gehören die Vertreter der "Arbeitsgemeinschaft Neuer Deutscher Spielfilmproduzenten" nach dem Gesetz dem Verwaltungsrat der FFA, dem die Angriffe der Jungfilmer gelten, ebenso an, wie Vertreter des Bundestages, des Bundesrates, der Bundesregierung, der Wirtschaftsverbände des Films, der Kirchen, der Gewerkschaften, des Rundfunks - insgesamt also von 13 Gruppen. Die Filmförderungsanstalt ist eine öffentlich-rechtliche Anstalt und ihre Aufsichtsorgane sind ähnlich wie beispielsweise bei Rundfunkanstalten zusammengesetzt. Aber die Vertreter der Jungfilmer haben bisher an keiner Entscheidung der Filmförderungsanstalt mitgewirkt; sie haben es vorgezogen, von außen auf die Bemühungen, die deutsche Filmwirtschaft aus der Krise zu führen, einzudreschen.

Bundestagsabgeordnete sind freigewählte Vertreter des Volkes für eine bestimmte Zeit und während dieser Zeit frei in ihren Entscheidungen. Sie durch Diffamierungen unter Druck zu setzen oder sie zum Prügelknaben zu machen, zeigt nur, daß die Lobby der gar nicht mehr so jungen Jungfilmer sich wohl selbst außerhalb der demokratischen Spielregeln stellt und daher auch für eine Zusammenarbeit und Anhörung durch Gremien des Parlaments nicht mehr ernst genommen werden kann.

(-/22.1.1973/ks/ex)

+ + +

Die Schulmisere der Bundeshauptstadt

Fazit der Bildungspolitik einer CDU-Mehrheit

Von Franz Stadelmaier

Stadtverordneter von Bonn und schulpolitischer
Sprecher der SPD-Stadtratsfraktion

Am letzten Tage des Jahres 1972 erschien in den beiden Bonner Zeitungen eine ganzseitige Anzeige unter der Überschrift: "Bonn hat die Schulen, die seine Bürger brauchen."

Der Bonner Bürger, der weiß - aber wie viele wissen es? -, daß im Schuljahr 1971/72 rd. 3.500 Kinder der Bundeshauptstadt in Behelfsbauten, darunter 76 Baracken-Klassen, unterrichtet wurden, hatte die Wahl, sich entweder über den Zynismus des Bonner Schulamtes, das für die Anzeige verantwortlich zeichnete, oder über dessen naive Überheblichkeit zu wundern.

In den vergangenen Jahren hatte das Bonner Schulamt und sein Dezernent immer wieder im Mittelpunkt heftiger Kritik gestanden. Die Fehlleistungen waren zahlreich und offenkundig. Aber letztlich verantwortlich war und ist die CDU-Mehrheit des Rates, die der Deklamation der Priorität für Bildungspolitik selten Taten folgen ließ.

Während das Land NRW z.B. seine Ausgaben im Geschäftsbereich des Kultusministers 1971 um 18,5 vH., 1972 um 20,4 vH. und 1973 um 14,5 vH. (Wissenschaftsminister-Entwurf: um 26,8 vH.) erhöhte, stagnieren die Ausgaben der Stadt Bonn im Bereich des Schuldezernenten seit der Bildung der neuen Großkommune, obwohl mindestens ein Dutzend Schulen dringend und sofort gebaut werden müßten und obwohl Bonn wie keine andere Stadt der BRD von Bund und Land mit Zuschüssen bedacht wird.

Im Bereich der Schulverwaltung und des Schulbaus herrscht in der Bundeshauptstadt eine unglaublich selbstzufriedene Planlosigkeit.

Die SPD-Opposition im Stadtrat hatte nur wenige Monate nach dem Zusammenschluß der neuen Stadt im Jahre 1970 einen von Experten zu erarbeitenden Schulentwicklungsplan gefordert. Der sorgfältig auf sein Image bei Bund und Land bedachte (CDU-)Oberstadtdirektor konnte sich dieser Forderung nicht

verschließen und bildete eine kleine Planungsgruppe. Der Berg kreierte und gebar, wie so oft, eine Maus: 1971 legte die Verwaltung eine "Schulentwicklungsplanung" für Bonn vor, die, weil sie auf Daten des Jahres 1969 beruhte, schon bei ihrer Vorlage weitgehend überholt war, ganz abgesehen davon, daß wesentliche Elemente einer solchen Planung fehlten, so etwa die genaue Beschreibung der vorhandenen Substanz, eine Untersuchung über die soziale Struktur der Bonner Bevölkerung und ihren Bedarf an bestimmten Schulformen, eine Planung für diesen Bedarf und auch eine Finanzplanung. Die entsprechende Kritik im Rat führte nicht etwa zu einer Fortschreibung des Plans. Vielmehr wurde er ad acta gelegt und die kleine dreiköpfige Planungskommission wurde wieder aufgelöst. Die Verwaltung war bis heute nicht einmal imstande, den Stadtverordneten, wie es die SPD-Fraktion vor mehr als einem Jahr beantragt hatte, eine Kartei mit einer genauen Beschreibung der vorhandenen Bonner Schulen zu liefern.

Ein Parade-Beispiel für Bonner Schulplanung ist das Gesamtschulprojekt. Schon der Rat der alten Stadt Bonn hatte 1969 auf einen SPD-Antrag hin beschlossen, einen Gesamtschul-Planungsausschuß zu berufen. Als die SPD-Fraktion des neuen Rates Anfang 1970 diesen Antrag wiederholte, faßte die CDU-Mehrheit den Beschluß, einen sog. "konkurrierenden Schulversuch" durchzuführen, d.h. eine kooperative und eine integrierte Gesamtschule zu bauen. Seitdem - es sind nun bald drei Jahre! - wird an dem Leiden Schulbau... plant - oder auch nicht geplant, wie man will. Bis heute ist noch nicht einmal ein Raumprogramm vorhanden, bis heute hat die Stadt dem Kultusminister noch nicht einmal einen Termin für den voraussichtlichen Baubeginn mitgeteilt! Dafür leistete sich aber die CDU-Mehrheit des Rates den Schildbürgerstreich, erklärte Gegner einer integrierten Gesamtschule in den Planungsausschuß dieser Schule und erklärte Gegner der kooperativen Form der Gesamtschule in den Planungsausschuß zu wählen - damit ja niemand vom Stand der Bonner Schultugend unvorhergesehen abweiche!

Nun, der Schuldezernent der Stadt, Mitglied der CDU und des Bundes Freiheit der Wissenschaft, hat es kürzlich auch den Bonner Zeitungen erklärt: Es sei nicht falsch, die

als Gegner der Gesamtschule zu bezeichnen. Er ist aber nicht nur gegen die Gesamtschule, er ist auch gegen die Einführung der Orientierungsstufe in NRW, er ist für die Konfessionsschule und für die Beibehaltung der getrennten Erziehung von Jungen und Mädchen.

Die SPD verlangte im September 1971, daß alle städtischen Gymnasien Koedukation einführen sollten, weil es in Bonn sowieso schon fünf private Gymnasien mit getrennter Erziehung gäbe. Darauf begründete der Schuldezernent seine Vorliebe für die Trennung von Jungen und Mädchen in der Schule u.a. folgendermaßen:

"... sollte nicht vergessen werden, daß auch noch unsere Gesellschaft und in derselben die Wirtschaft im großen und ganzen trotz des Grundsatzes der Gleichberechtigung von einer Verteilung der Rollenfunktion zwischen Mann und Frau ausgeht. Es ist nicht zu ersehen, warum nicht Schulen in besonderer Weise ... Jungen und Mädchen auf ihre jeweilige Rolle in der Gesellschaft vorbereiten."

Was für veraltete Ansichten - deshalb wohl auch veraltete Schulen! Als die SPD-Ratsfraktion vor kurzem die Aufgabe eines über 100 Jahre alten Grundschulgebäudes forderte, in dem auch im Sommer den ganzen Tag bei elektrischem Licht unterrichtet werden muß, da lehnte die Verwaltung dieses "Ansinnen" ab und erklärte: "Insgesamt gesehen macht die Schule einen gepflegten Eindruck. Der einzige Nachteil, der besteht, ist, daß die Kinder des rückständigen Gebäudeteils ca. 90 m zur Gemeinschafts-Toilette laufen müssen."

Haben die Bonner Bürger wirklich "die Schulen, die sie brauchen"? Es scheint eher, daß die Bundeshauptstadt, die auch auf schulpolitischen Gebiet Schaufenster der BRD sein müßte, in Gefahr ist, Schaufenster für Schulen aus Großvaters und Urgroßvaters Zeiten zu werden.

Ob sich die Bonner nicht bald einmal fragen, ob sie die Ratsmehrheit haben, die sie brauchen und die der Bundeshauptstadt angemessen ist?!

(-/22.1.1973/bgy/ex)